

Welche Partei hat das Vaterland gerettet?

sonders der Rechtsparteien. So steht also eine ganz neue Auffassung im Volke ein. Und wir können heute feststellen, daß im Gegensatz zum letzten Wahlkampf der gegenwärtigen im Zeichen der ruhigeren vernünftigeren Betrachtungsweise der Mehrzahl des deutschen Volkes steht. Das ist der bedeutungsvolle Unterschied. Das Volk ist reifer geworden. Freilich kam es zu dieser Auffassung um so eher, weil die Erfolge der Regierung äußerlich immer offensichtlicher wurden. Erfolge, die niemals von den Oppositionsparteien hätten erreicht werden können.

Um so mehr muß man sich wundern, daß im gegenwärtigen Kampf die Wahllüge von Seiten der Parteiführer und Parteipresse bis zu einem Höchstmaß gediehen ist. Nachdem man die menschliche Leidenschaft nicht mehr in dem Sinne aufspalten kann, wie vor dem 4. Mai, ist man dazu übergegangen, einfachhin die feststehenden Tatsachen in allergrößter Ebntheit darzustellen. Es finden sich bekanntlich immer noch Menschen, die darauf hereinfallen. In der Tat leistet sich kein anderes Land zu Wahlzeiten solche gräßlichen Verleumdungen der Wahrheit und der nationalen Ehre, wie es bei uns in Deutschland geschieht. Die scheinbar „nationalen“ Bestrebungen laufen letzten Endes auf neuen Klassenkampf und Untergrabung des demokratischen Gedankens und der gegenwärtigen Staatsautorität hinaus.

Ueberlassen wir die Lüge denen, die in ihrer letzten Anstrengung sehen. Denen, die in einem Zeitraum von sechs Jahren noch nicht lernten, was dem Vaterlande dient. Denen, die in den schlimmsten und gefährlichsten Momenten aus engbeschränktem Geist heraus immer wieder ihren Egoismus über die Gemeinschaft triumphieren lassen. Deutschland wäre in seiner Entwicklung eine ganz gewaltige Strecke weiter, wenn der Haß und Eifer der Opposition nicht immer wieder jede Arbeit untergraben und behindert hätte. Dem Geiste dieser Opposition entspricht dann zu naturgemäß die unredliche Agitation im gegenwärtigen Wahlkampf.

Der 7. Dezember bricht an. Wer die Gesamtverhältnisse mit gesunder Urteilskraft verfolgte, der wird in vollster Deutlichkeit begreifen, daß es nur eine einzige Politik für uns gegeben hat und gibt: Die Politik der Mitte. Und diese Mitte trägt und hält das Zentrum.

Goldzahlungen aus der Dawes-Anleihe

Berlin, 6. Dezember. D.M.Z. meldet aus New York: Der erste Goldtransport der Dawesanleihe im Betrage von 5 Millionen Dollar ist gestern von hier mit dem Dampfer *Ronerth* nach Hamburg abgegangen. Das Gold wird der Reichsbank übergeben.

Das Ende des Personalabbaues

Berlin, 6. Dezember. Am 4. und 5. Dezember haben im Reichsfinanzministerium erneut Verhandlungen stattgefunden, in denen die seit längerer Zeit schwebenden Erwägungen des Reichsfinanzministeriums über die Aufhebung der Abbaupolitik der Personalabbauperordnung zu einem gewissen Abschluß gelangt sind. Nach dem Ergebnis der Besprechungen beabsichtigt die Reichsregierung dem neuen Reichstag unverzüglich ein Gesetz vorzulegen, das die Anwendung des Artikel 3 und 15 der Personalabbauperordnung nur noch in solchen Verwaltungen vorseht, die durch ein besonderes neues Gesetz zu Abbauperordnungen erklärt werden.

Damit wird der Artikel 3 der Personalabbauperordnung der die Grundlage für den Abbau der Beamten bildet, grundsätzlich unrichtig, so daß nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ein allgemeiner Abbau von Beamten nicht mehr möglich ist. Zugunsten der Angestellten bedeutet die beabsichtigte Regelung den Wegfall der gesetzlichen Entlassungsverpflichtungen und die Wiedereinführung der durch das Betriebsrätegesetz gewährten Schutzbefimmungen.

Die Aufwertung von Hypothekenforderungen

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Bereits wiederholt ist in Zeitungsartikeln darauf hingewiesen worden, daß nach der ersten Durchführungsvorordnung zur Dritten Steuernotverordnung eine Aufwertung von Hypothekenforderungen über 15 Prozent in bestimmten Fällen zulässig ist, nämlich wenn die Forderungen auf den Beziehungen zwischen unterhaltsberechtigten und unterhaltspflichtigen Personen oder auf den Beziehungen aus der Auseinandersetzung geschiedener Ehegatten, Erben und Pflichtteilberechtigten oder Eltern und Kindern beruht, oder wenn es sich um eine Restkaufgeldforderung handelt, die nach dem 31. Oktober 1918 begründet worden ist.

Die höhere Aufwertung setzt voraus, daß ein entsprechender Antrag bis zum 31. Dezember 1924 bei dem Amtsgericht gestellt wird, in dessen Bezirk das Grundbuch geführt wird.

Eltern, Vormünder, Pfleger und Beistände sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß derartige Forderungen, die zum Vermögen der von ihnen vertretenen Personen gehören, rechtzeitig zur Anmeldung gelangen. Sie dürfen sich auch nicht dadurch beeinträchtigen lassen, daß sie selbst etwa Eigentümer des Grundstücks sind, auf dem die Hypothek ruht, was auf Grund einer Erbauseinandersetzung oder auch aus anderen Anlässen nicht selten der Fall ist. Auch in diesen Fällen müssen sie die Anmeldung namens der von ihnen vertretenen bewirken; unterlassen sie die rechtzeitige Anmeldung, so verlieren sie dadurch ihre mit der Vermögensverwaltung verbundenen Pflichten und haben nicht nur die gesetzlich vorgesehenen Zwangsmassnahmen des Vormundschaftsgerichts, sondern auch die Schadenersatzansprüche der von ihnen geschädigten Mündel zu gewärtigen.

Die Rechtsprelle phantasiert

Berlin, 6. Dezember. Die „Deutsche Zeitung“ und mehrere Provinzialzeitungen haben folgende Genfer Meldung veröffentlicht: Die „Matin“, „Journal“ und „Temps“ melden, hat der Reichsminister Rollet am letzten Sonntag in einer Rede in Epinal behauptet, daß die Entwaffnung Deutschlands als nicht gewagt erwiesen sei, und daß die alliierten Regierungen die Umgruppierung der Reichswehr und ihrer Kommandosstrukturen von der deutschen Regierung verlangen müßten. Die Zeitungen haben mit dieser Meldung die Richtigkeit des gerücht von der „Berliner Börsen-

Frankreich, England, Rußland

Die Zusammenkunft Serriol-Chamberlain

Paris, 6. Dezember. Serriol und Chamberlain hatten gestern eine Unterredung, über die folgende amtliche Erklärung ausgegeben wurde: Im Verlauf ihrer Unterredung haben die beiden Minister die verschiedensten auswärtigen Probleme zur Sprache gebracht. Ueber die Fragen, die eine sofortige Lösung erheischen, ist eine Verständigung erzielt worden. Die Fragen, die eine eingehende Prüfung erfordern, sollen weiterhin unter Betonung des beiderseitigen Wunsches, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und England zu entwickeln und die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern, behandelt werden. Während die Besprechung mit Chamberlain noch andauerte, trat die Kommission des Obersten Rates für nationale Verteidigung unter dem Vorsitz Paul Boncourts zu einer Prüfung des Entwurfes zusammen, der die Abfassung der Interalliierten Berliner Kontrollkommission durch einen Ausschuss der ständigen Militärkommission des Völkerbundes vorsieht. Boncourts teilte Serriol die Schlussfolgerungen der Kommission mit, die der französische Ministerpräsident unverzüglich Chamberlain unterbreitete. Chamberlain hat darauf erklärt, daß Großbritannien die Ernennung eines Franzosen zum Vorsitzenden des Kontrollauschusses des Völkerbundes beifällig sei. Serriol hat um 7 Uhr die französischen Pressevertreter am Quai d'Orsay empfangen und machte ihnen genaue Aufschlüsse über die Besprechungen mit Chamberlain. Der englische Außenminister ist um 5 Uhr nachmittags nach Rom weiter gereist.

Paris, 6. Dezember. Chamberlain hat vor seiner Abreise nach Rom folgende Ansprache an die Vertreter der alliierten Presse gehalten: „Wir Minister arbeiten nach besten Kräften an der Vertiefung der Freundschaftsbände zwischen Frankreich und England. Unterstreichen sie nicht die Meinungsverschiedenheiten, die von Zeit zu Zeit sogar zwischen den besten Freunden eintreten können. Die englische Presse sollte es als ihre Aufgabe ansehen, uns den Standpunkt Frankreichs verständlich zu machen. Die französische Presse hat ihrerseits den Standpunkt Englands ihren Lesern klar zu machen. Sie können uns hiermit bei der Erfüllung unserer Aufgabe eine große Hilfe leisten.“

Das Ergebnis der Besprechung

Paris, 6. Dezember. „Le Rappel“ faßt das Ergebnis der Besprechung zwischen Serriol und Chamberlain kurz dahin zusammen: 1. Frankreich und England bleibe geeint in der Verteidigung ihrer gemeinsamen allgemeinen Interessen. 2. England verweist das Genfer Protokoll nicht, wird aber einen Beschluß erst dann an dem Tage fassen, an dem die Meinungsäußerungen der Dominions vorliegen. 3. England lehnt jede internationale

Lösung ab, die die Sicherheit Frankreichs nicht gewährleistet. 4. England hat die Absicht, die Beziehungen zu Sowjetrußland abzubauen. (7)

Zu der Aussprache zwischen Serriol und Chamberlain meldet „Information“ von maßgebender Seite, daß beschlossen wurde, eine Gesandtschaft in Konstantinopel und eine vorübergehende Vertretung in Angora einzurichten. Dem genannten Blatte zufolge, stellt dieser Beschluß das einzig greifbare Ergebnis der Unterredung dar.

Gemeinsame Politik gegenüber Rußland

Paris, 6. Dezember. Serriol wird heute vormittag in der Kammer den Morgenblättern zufolge eine sehr wichtige Erklärung über die Maßnahmen der kommunistischen Partei abgeben und auch die Maßnahmen mitteilen, die das Kabinett zur Bekämpfung der bolschewistischen Agitation erreifen will. Ferner wird Serriol eine neue Erklärung zu demselben Thema heute abend auf dem Bankett des republikanischen Wirtschaftsausschusses abgeben. — Alles läßt darauf schließen, daß die Regierung zu einer großen Aktion gegen den Kommunismus aufruft.

Paris, 6. Dezember. Der „Quotidien“ berichtet über die Aussprache zwischen Serriol und Chamberlain noch, daß vereinbart worden sei, daß England mit Frankreich Rußland gegenüber eine gemeinsame Politik verfolgen werde. Diese Angaben des „Quotidien“ sind von keiner anderen Zeitung in dieser Form gebracht worden.

Berlin, 6. Dezember. Die Vörsenzeitung meldet aus London: Laut Daily Telegraph wird die englische Regierung auf die Note Rakowskis über den Sinowjewbrief nicht antworten. Sie sei der Ansicht, daß die Ergebnisse in Etland bewiesen hätten, welchen Glauben man kommunistischen Zusicherungen beimessen könne.

Um die Räumung Kölns

Berlin, 6. Dezember. Zur Kölner Räumungsfrage wird die Neue Tägliche Rundschau in diplomatischen Entdeckungen erfahren haben, daß nach Abschluß der Chamberlain-Rundreise jedenfalls aber erst nach dem deutschen Wahlen eine Note der alliierten Regierungen in Berlin überreicht werden wird, die sich mit der Räumung des Kölner Sektors beschäftigt.

Paris, 6. Dezember. Nach einer Radiomeldung wird Serriol wahrscheinlich noch Ende Dezember oder Anfang Januar nach London reisen, um mit Chamberlain über die Räumung Kölns und die Abklärung der interalliierten Kontrollkommission durch den Kontrollauschuss des Völkerbundes zu verhandeln.

Umbildung des Direktoriums in Spanien

Paris, 6. Dezember. Nach einer Meldung aus Madrid steht eine Umbildung des Direktoriums unmittelbar bevor. Primo de Rivera soll beabsichtigen, bei seiner Rückkehr nach Madrid am 20. Dezember ein nationales Kabinett zu bilden, an dem teilnehmen werden: Ministerpräsident: Primo de Rivera. Auswärtige Angelegenheiten: Merry del Val, der jetzige Botschafter in London. Inneres: Sougnat Roscos, zurzeit Generalsekretär des Reichspräsidenten. Krieg: General Martinez Vado. Marine: Admiral Magaz, Justiz: Professor Clemente de Diego, Handel und öffentliche Arbeiten: Professor Nachiberra.

Surse Nachrichten

Wiederwahl des österreichischen Bundespräsidenten Daulich? Die Bundespräsidentenwahl findet am 9. Dezember statt. Die Wiederwahl des Dr. Daulich wird als wahrscheinlich bezeichnet.

Die Reichsänderer am 8. Dezember. Die Reichsänderer für Lebenshaltungskosten für Mittwoch, den 3. Dezember, ist nach den Bestimmungen des Statistischen Reichsamtes gegenüber der Vormoche unverändert geblieben.

Dr. Felix Lannhäuser, Professor an der Berliner Technischen Hochschule, der seit mehr als anderthalb Jahrzehnten dem Vorkörper der Hochschulleitung angehört, ist im Alter von 50 Jahren gestorben.

15 Opfer der Sturmataktrope in Ostpreußen. Wie aus Königsberg gemeldet wird, ist die Zahl der Todesopfer bei der Sturmataktrope an der ostpreussischen Küste bei Sarkau auf 15 festgesetzt. Die Hoffnung, daß wenigstens eines der vier vermißten Fischerboote sich hätte retten können, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Die Leichen der Entkommenen sind noch nicht geborgen.

Eine Amazonen-Diebesbande. Von der Berliner Kriminalpolizei wurde eine Diebesbande festgenommen, die aus fünf Frauen im Alter von 30 bis 54 Jahren bestand und die große Diebstähle auf Berliner Wochenmärkten begangen hatte. Die Männer der Bande, die sämtlich im Berufsleben stehen, auch ihre Kinder, die zum Teil bereits erwachsen sind, wußten von dem Treiben der Diebinnen nichts. Bei Durchsuchung der Wohnungen der Verhafteten wurde noch viel Diebesgut vorgefunden.

Ramenz. Am Dienstag, den 2. Dezember hielt die hiesige Ortsgruppe der Zentrumspartei im Saale des „Goldenen Stern“ eine öffentliche Wählerversammlung ab. Generalsekretär Dr. Desegyh sprach in sachlicher Weise über die Politik der Zentrumspartei. Seine Ausführungen ernteten reichen Beifall. Auch in Ramenz wird das Zentrum am 7. Dezember einen tüchtigen Schritt vorantun!

Seldena. Am 3. Dezember fand hier eine von der Zentrumsortsgruppe veranstaltete Wählerversammlung statt. Nach Eröffnung der Versammlung ergriff Herr Apotheker Trahnner, Dresden, das Wort. Er skizzierte die Richtlinien, die dem Reichshändler in seiner Außenpolitik leitenden, betonte die des Rhein- und Ruhrgebietes besonders betreffend, augenscheinlichen Erfolge und besprach schließlich die aktuellen Fragen, welche dem Zentrum in nicht minder zellsicherer Weise behandelt werden. Fraulein Becher, Berlin legte den Zuhörern nahe, daß alle Arbeit des Zentrums aus dem allen Gliedern geschafflichen, christlichen Boden entspringt und appellierte an die Pflicht, am kommenden Sonntag alle Stimmen dem Zentrum zuzuführen.

Wetterbericht der Dresdener Wetterwarte

Witterungsansichten für den 6. Dezember abends bis 7. Dezember abends: Mild, Bewölkung sehr veränderlich, zeitweise dunstig oder neblig, vorwiegend keine, oder sonst bräunlich nur unbedeutende Niederschläge, mögliche westliche Winde.

In welchen Kreis des Stimmzettels machst du das Kreuz? In den Kreis hinter der Nr. 3 (Deutsche Zentrumspartei)

zeitung“ am Sonnabend veröffentlichten angelegten Memorandum des französischen Ministerpräsidenten an die alliierten Regierungen über die Reorganisation der Reichswehr zu beweisen versucht.

Wie inzwischen festgesetzt worden ist, haben weder die von der „Deutschen Zeitung“ und anderen Blättern angeführten, noch die übrigen Pariser Zeitungen derartige gemeldet. Reichsminister Rollet hat am letzten Sonntag überhaupt nicht in Epinal, sondern in Belfort gesprochen und sich dort weder mit der Entwaffnung Deutschlands, noch mit der Umgruppierung der Reichswehr beschäftigt. In Epinal hat am Sonntag der Ministerpräsident Serriol eine Rede gehalten. Aber auch er hat die Frage der Militärkontrolle mit keinem Wort berührt. Es muß demnach angenommen werden, daß es sich bei der obigen Meldung um eine freie Erfindung handelt.

Ein völkischer Verleumder verurteilt

Hamburg, 6. Dezember. Vor dem Hamburger Schöffengericht hatte sich gestern der Herausgeber des in Leipzig erscheinenden „Hammer“ Theodor Tritsch wegen Verleumdung der Hamburger Bankiers Marx Warburg und Dr. Karl Reichler zu verantworten. Der Klage liegt ein Artikel im genannten Blatt zugrunde, der die Ueberschrift trägt „Der heimliche Kaiser“. Tritsch wirft darin Warburg und Reichler vor, den Interessen der jüdischen Internationale vaterländische Interessen geopfert zu haben. Das Gericht verurteilt ihn zu drei Monaten Gefängnis.

Der zweite Insurgenten-Prozess

Berlin, 6. Dezember. Die Morgenblätter melden aus Leipzig: Im Insurgentenprozess wurde folgendes Urteil verkündet. Drei Angeklagte wurden freigesprochen, drei wurden zu je vier Monaten Festungshaft und 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Die anderen 27 Angeklagten erhielten je 6 Monate Festungshaft und 200 Mark Geldstrafe.

Mussolinis Rede im Senat

Zunahme der Opposition.

Rom, 6. Dezember. Vor der Abstimmung über die Vertrauensfrage in der gestrigen Senatsitzung erklärte Mussolini, gegenüber der Kritik der Opposition, daß der Faschismus durchaus diszipliniert sei. Es werde behauptet, er wolle um jeden Preis an der Regierung bleiben. Das sei falsch, auf Geheiß des Königs sei er bereit, sofort zurückzutreten, aber nicht auf Verlangen der Opposition. Wenn der Faschismus zusammenbräche, würde der Kommunismus das Erbe antreten. Er würde kein Vertrauensvotum annehmen, daß an irgendwelche Voraussetzungen geknüpft werde. Daraufhin zog der General Gardino seinen Antrag, der ein bedingtes Vertrauensvotum einbrachte, zurück und enthielt sich der Stimme.

Die Senatsdebatte dieser Woche hat gezeigt, daß der Faschismus an Boden verloren hat und die Opposition zunimmt, daß aber die Mitte eine Ministerkrise vermeiden will, um Mussolini Zeit zu lassen, die gegebene Zusicherung für die Normalisierung durchzuführen.

Rom, 6. Dezember. Der Senat hat mit 206 gegen 54 Stimmen die Innenpolitik der Regierung gutgeheißen. 35 Senatoren enthielten sich der Abstimmung.

Die deutsche Zentrumspartei